

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 28. Juli 2001

112. Jahrgang Nr. 31.312

Straßenblockaden

Die Auseinandersetzung zwischen der Allianz-Regierung und den „Piqueteros“ hat am Donnerstag nochmals an Schärfe gewonnen. Präsidentensprecher Juan Pablo Baylac warf den Aktivisten vor, mit den für kommende Woche geplanten Straßenblockaden „Anarchie im Land installieren“ zu wollen.

Aktivisten-Chef Juan Carlos Alderete hingegen verteidigte vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Krise die Kampfmaßnahmen erneut als „rechtmäßig“. Man werde daher an der für kommenden Dienstag geplanten Blockade von landesweit insgesamt 40 Fernstraßen festhalten. Damit werde gegen die „illegale Wirtschaftspolitik der Regierung“ protestiert, erklärte Alderete am Donnerstag.

Arbeitsministerin Patricia Bullrich bekräftigte unterdessen am Freitag erneut, dass die Regierung Sicherheitskräfte einsetzen werde, um die „gesetzlich zugesicherte Transitfreiheit“ zu garantieren: „Wir werden uns nicht unter Druck setzen lassen“, sagte Bullrich. Wenn es tatsächlich zu den Straßensperren komme, werde die Regierung den freien Verkehr auf den Straßen gewährleisten.

Am Donnerstagabend hatte sich Bullrich im Arbeitsministerium mit den „Piqueteros“-Anführern Alderete und D'Luis Elia getroffen. Dabei machte die Ministerin erneut klar, dass „Verhandlungen erst beginnen können, wenn die Sperren abgesagt werden“. Die Blockierer fordern von der Regierung die Rücknahme des so genannten „Null-Defizit“-Sparpakets, mehr Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie die sofortige Freilassung der rund 2.800 inhaftierten „piqueteros“.

Derweil wurden die Blockaden von Politikern parteiübergreifend abgelehnt. „Lasst uns zivilisiert miteinander umgehen. Nichts gegen die Rechtmäßigkeit der Forderungen, aber man kann nicht einfach Straßen sperren“, sagte Ex-Präsident Raúl Alfonsín.

Auch unter Rechtsgelehrten überzog unter der Woche die Auffassung, dass die Blockaden nicht unter die von der Verfassung zugesicherte Demonstrationsfreiheit fallen.

Krieg gegen die Politkosten

Einen gewaltigen politischen Sieg konnte der Gouverneur von Córdoba, José Manuel de la Sota, am vergangenen Sonntag einheimen, als 70% Prozent der wahlberechtigten Bürger die von ihm einberufene Volksbefragung zur Halbierung der cordobeser Legislative bei Abschaffung des Senats mit ebenfalls fast 70 Prozent der Stimmen bei nur 18 Prozent Nein-Stimmen guthieß.

Die Volksbefragung ist zwar nicht verbindlich, doch führt sie in der Folge dazu, dass die cordobeser Exekutive beim jetzigen Zweikammer-Parlament die Einberufung der Wahl einer Konstituante beantragt, damit diese die vom Volk gewünschte Reform der Provinzverfassung beschliesst. Der Provinzsenat ist abzuschaffen und die Legislative soll von jetzt 133 Parlamentariern auf maximal 70 Abgeordnete schrumpfen.

Obwohl unverbindlich, verpflichtet dieses massive Ja-Ergebnis der Volksbefragung die Provinzpolitiker zum Handeln, auch wenn dabei zahlreiche Politiker sich selber ins Fleisch schneiden, weil künftig 63 weniger Parlamentssitze verfügbar sein werden. Parteipolitiker pflegen stets über Ämter zu verhandeln, die sie sich gegenseitig zuschanzen, damit möglichst alle Interessenten Gehälter oder Diäten, plus Repräsentationsspesen und andere Vergünstigungen beziehen sowie im Pensionsalter auch Ruhegehälter, gegebenenfalls viel früher und mit höheren Beträgen als nahezu alle Arbeitnehmer und selbstständige Unternehmer im Land.

Die Abschaffung der Provinzsenate, die nur in neun Gliedstaaten bestehen, ist längst Gegenstand der landesweiten Diskussion über die Senkung der Politkosten. Ein Senat gehört in einen Bundesstaat, weil er die Gliedstaaten vertritt, nicht aber in letztere, die nur ein Teil des föderalen Staatsgebildes sind. Die Politkosten sind die mit Steuern, anderen Einnahmen und Staatsverschul-

dung finanzierten Staatsausgaben zugunsten der Politiker, die damit eigene Einnahmen bestreiten sowie Freunde, Verwandte und andere Günstlinge beschäftigen, allenfalls auch als sogenannte *Ñoquis*, die nicht arbeiten, aber trotzdem Gehälter beziehen. Allerlei politisch bedingte Subventionen wie Gnadenrenten, Beraterhonorare und Assistentengehälter werden dabei freigiebig von Politikern verteilt.

Dass die Parlamente der Nation, der Gliedstaaten und der Gemeinden mit Volksvertretern entschieden überbesetzt sind, ist ebenfalls allgemeines Wissen, gegen dessen Umsetzung durch Verfassungsreformen der Nation, der Provinzen und der Stadt Buenos Aires sowie der Statuten der Gemeinden sich alle Politiker zur Wehr setzen.

De la Sota hat sich nun als der Politiker entpuppt, dem es gelungen ist, durch eine Volksbefragung die Meinung der Bürger zu erkunden. Bisher wusste man nur als Folge von Umfragen, die hochgerechnet wurden, aber keinesfalls so repräsentativ wie eine Wahl sind, dass die Meinung in der Öffentlichkeit deutlich gegen überhöhte Politkosten eingestellt ist.

Im gleichen Sinn äussern sich namhafte Politologen, angeführt von Carlota Jakisch, die in der Adenauer-Stiftung von Buenos Aires Ende November die erste Studie über die Politkosten ausgearbeitet hatte und sie in einem Artikel in „La Nación“ Ende No-

vember 2000 veröffentlichte. Der Aufsatz erregte Aufsehen, wurde von allen Medien mehrmals verbreitet und zeugte von der verhaltenen Wut in der Öffentlichkeit über dermassen übertriebene Staatsausgaben zugunsten der politischen Kaste und ihrer Günstlinge, zumal im Vergleich mit Industrieländern, deren Gliedstaaten wie Bayern in Deutschland oder bestimmten Gemeinden in den Vereinigten Staaten und anderenorts.

Der politische Paukenschlag de la Sotas wird seine Wirkung nicht verfehlen, wenn überall im Land darüber beraten und verhandelt wird, wieviele Parlamentarier eigentlich genügen, damit die repräsentative Demokratie funktioniert, ohne dass sie für persönliche Geschäfte der Politiker missbraucht wird. In Cipoletti, Nordpatagonien, wurde die Zahl der Gemeinderäte bereits halbiert.

Nachdem in den Staatsfinanzen die Stunde der Wahrheit geschlagen hat und jetzt das Nulldefizit als massgebende Richtlinie gilt, die die Regierung, der Kongress, die Gouverneure und die Parteipolitiker einstimmig gutheissen haben, müssen die ausufernden Kosten der Politik eingedämmt werden. De la Sota hat mit seinem überwältigenden Wahlsieg bei der Volksbefragung den Ton angegeben und damit auch Punkte für seine Präsidentschaftskandidatur gewonnen. Andere Gouverneure mögen folgen, ebenso zahlreiche Gemeinden.



SERVICIOS
DIGITALES

www.multimedia.com.ar

O'Higgins 4380 - CP 1429 - Buenos Aires - República Argentina
Tel/Fax: (54-11)4704-0977 - info@multimedia.com.ar

„Null-Defizit“ auf Eis

PJ vertagt Spardebatte / Regierungsvorlage in der Kommission

Der oppositionelle Justizialismus hat am Mittwoch seine Senatsmehrheit genutzt und in einer ersten Lesung die Regierungsvorlage über das „Null-Defizit“ und die Einkommenskürzungen für Staatsangestellte und Rentner abgelehnt. Zugleich wurde die Vorlage an die zuständigen Kommissionen für Haushalt, Finanzen, Arbeit und allgemeine Gesetzgebung weiter geleitet. Alle werden von PJ-Senatoren geleitet. Auch ein von Präsident Fernando de la Rúa unterzeichneter Brief konnte das Verhalten der Senatoren von der Opposition nicht beeinflussen. „Jedwede Verzögerung hätte negative Folgen, die der Senat nicht übersehen kann“, warnte der Präsident in seinem Brief. Die Verweisung der Vorlage an die Kommissionen ohne einen feststehenden Termin für deren Behandlung bedeutet in der Praxis, dass sie erst-

mal auf Eis landet.

Der Entschluss des PJ, grundlegende Änderungen in die am Samstag der Vorwoche in der Abgeordnetenkammer verabschiedete Vorlage einzubringen, wurde von den Senatoren Pedro Del Piero (Frepaso, Stadt), José Antonio Romero Feris (Autonomisten, Corrientes) und Roggero Pretto (Movimiento Popular Neuquino) unterstützt.

Dagegen stimmten die PJ-Dissidenten Antonio Cafiero und Héctor Maya, Liliana Negre de Alonso und Héctor Torino (San Luis), sowie Roberto Ulloa (Partido Renovador, Salta). Der Brief konnte ebensowenig den widerspenstigen Sektor der UCR-Fraktion überzeugen, dem der Senator Leopoldo Moreau (Buenos Aires) vorsteht. Moreau zeigte sich am Mittwoch unerschütterlich in seiner Absicht, eine Änderung der Vorlage für den Ein-

schluss einer Art „blindaje“ (hier etwa Hilfsfonds) für die Renten zu erreichen. Dabei will der Senator aber ausdrücklich die Privilegierten ausschließen.

Die justizialistische Fraktion brachte die Debatte nach intensiven Bemühungen der Regierung zum Scheitern, deren wichtigste ein Treffen in der Casa Rosada war. In dessen Rahmen versuchten Fernando de la Rúa und Wirtschaftsminister Domingo Cavallo vergeblich, den PJ-Fraktionschef José Luis Gioja (San Juan), Carlos Verna (Vorsitzender der Kommission für Haushalt und Finanzen, La Pampa) und den Gouverneur der Provinz La Pampa, Rubén Marín, umzustimmen. Bei dieser Zusammenkunft wurde der justizialistischen Abordnung neuerlich die Notwendigkeit dargelegt, daß der Senat das Gesetz angesichts der delikaten Finanzsi-

tuation des Landes ohne Änderungen verabschiedet.

Im Mittelpunkt des Hin und Hers zwischen dem PJ und der Regierung stehen die den 14 vom Peronismus verwalteten Provinzen versprochenen Mittel. Nicht genug damit üben die Provinzmandatäre ihrerseits auf die Senatoren Druck aus, damit diese die Vorlage zum Gesetz machen, nachdem der Wirtschaftsminister ihnen versicherte, ohne Gesetz existiere keine Möglichkeit für die Überweisung der Mittel. Die Situation bewirkt jedenfalls das Unbehagen der Senatoren der Opposition. „Wir werden immer als Schurken hingestellt. Wenn sie wollen, dass wir das Gesetz verabschieden, sollen sie uns doch vor der Öffentlichkeit darum bitten“, erklärte ein ungenannt gebliebener PJ-Senator zweifellos an die Adresse der Gouverneure gerichtet.

Kriegsbeil begraben

Daer und Moyano beschließen gemeinsame Kampfmaßnahmen gegen Regierung

Vor fünf Jahren, inmitten der Hoch-Zeit des Menemismus veranstalteten sie eine lautstarke Trennung. Mit dem Regierungsantritt der Allianz im Dezember 1999 wollten sie angesichts der von ihnen angenommenen „Bedrohung“ neue Bande knüpfen, doch endete das erste Treffen mit noch mehr Distanzierung. Jetzt aber scheint es im Zeichen des siebten Sparpakets der Regierung zu einer Aufweichung der Fronten gekommen zu sein und sogar eine Wiedervereinigung zwischen Daer und Moyano möglich. Bei mehreren Anlässen fanden sie sichtlich Gefallen an der „gemeinsamen Aktion“ und nicht zuletzt bei dem Generalstreik der vergangenen Woche.

Unmittelbare Folge waren Gespräche, die, wenn sie auch zunächst nur der Vorbereitung dienen, das mögliche Ziel der Generalsekretäre der offiziellen Gewerkschaftsdachverbandes (CGT), Rodolfo Daer, und der Dissidenten-CGT, Hugo Moyano, nicht außer Acht ließen. Doch waren gemeinsame Überlegungen und Absprachen hinsichtlich einer neuen Etappe des gemeinsamen Kampfes „gegen die rezessive Politik“ der Regierung Thema, die nicht unbedingt die Form des konventionellen Streiks oder eines Protestmarsches zum Kongress oder zur Plaza de Mayo haben soll.

Am Montag wurde die Abhaltung wöchentlicher Zusammenkünfte vereinbart, bei denen eine gemeinsame Sprachregelung über die Vorgänge auf sozioökonomischem Gebiet festgelegt werden soll. Außerdem kamen die Gesprächspartner überein, Kontakte mit Regierungsfunktionären auf das äußerste zu beschränken. Die Idee hinter dieser Vereinbarung ist, die Regierung merken zu lassen, dass sie sich auf eine Konfrontation mit einem „großen gewerkschaftlichen Problem“ einlässt, das in der Reifung begriffen ist.

Die Förderer der „Operation Einheit“, Armando Cavalieri von den Handelsangestellten und Juan Palacios von den Colectiveros, erklärten die Rückkehr an den runden Tisch auf ihre Weise. „Ich habe tatsächlich mehr Angst vor einem Streik des Marktes als vor einem der Arbeiter“, versicherte Cavalieri, während sein Kollege Palacios es drastischer ausdrückte: „Wir müssen Kräfte sammeln, da die Einsparungen weitergehen werden.“

Dazu verlautet aus der Kuppel der Dissidenten-CGT Moyanos: „Mit den ‚großen Tieren‘ zu verhandeln ist wie das Spiel mit Meistern des Poker. Doch jedwedes Mißtrauen zwischen uns verhindert nicht, dass uns heute neu formieren wollen.“ Für Moyano gibt es für derartige An-

stalten noch einen gewichtigen unterschwelligen Grund. Er hat nicht übersehen, dass er sich in der Sicht der Regierung in den Theoretiker der dauernden Konfrontation verwandelt hat, während ihm andererseits die radikalisiertesten Gruppen wie beispielsweise die ‚piqueteros‘ vorwerfen, lauwarm in seinem Kampf mit der Macht und den großen Wirtschaftsblöcken zu operieren.

Den Männern Daers sind Gespräche ebensowenig geheuer, doch unter dem Gesichtspunkt der zahlreichen gescheiterten Annäherungen an die Regierung - sprich Friedensangebote - bleibt ihnen wenig Verhandlungsspielraum. Der Aufruf von Patricia Bullrich zu Tarifverhandlungen brachte sie in die bittere Realität zurück und zu Moyano an den runden Tisch.

Randglossen

Die Politiker der linkslastigen Parteienkoalition, die auf das Kürzel Frepaso hört und Minderheitspartner der regierenden Allianz ist, haben es derzeit wahrlich nicht leicht. Die Kassennot zwingt die Regierung, besonders harte Sparmassnahmen zu ergreifen, die zumal Beamte und Rentner fühlbar benachteiligen, worüber die Frepaso-Politiker verständlicherweise erobst sind. Einige sind bereits aus der Allianz ausgetreten, andere suchen ihr politisches Glück in sonstigen linkslastigen Gefilden. Die Parteiführer murren zwar, bleiben aber bei der Stange, ohne die Allianz formell aufzukündigen. Sie wissen genau, dass der Bruch mit den Radikalen dazu führt, dass bei den kommenden Parlamentswahlen keine gemeinsamen Kandidatenlisten aufgestellt werden, so dass Frepaso-Politiker gleichsam in der politischen Wüste versanden und zwar auf Nimmerwiedersehen. Deshalb üben sie jetzt eine kritische Mitarbeit mit ihrer Regierung, worunter man sich alles und gar nichts vorstellen mag.

Eine eigenartige Tagung hat kürzlich die Vertreter der Strassenkampfkaktivisten, hierzulande „piqueteros“ genannt, unweit Buenos Aires zusammen geführt. Sie liessen den eingeladenen Oppositionsgewerkschafter Hugo Moyano, Spezialist in landesweiten Streiks, kaum zu Wort kommen, und verordneten ihren Mitläufern, am kommenden Dienstag zahllose Strassen zu besetzen, damit der Verkehr verhindert wird. Das ist verfassungswidrig und ein Delikt laut Strafgesetzbuch. Die Regierung konterte mit der Drohung des Präsidialsprechers Juan Baylac, dass der Grenzschutz und die Polizei dafür sorgen würden, dass der Verkehr nicht verhindert werde. So geschah es vor wenigen Wochen in Salta auf richterlichen Befehl, wo mordende Aktivisten verhaftet wurden. Man ist gespannt, wie diese Kraftprobe ausgeht.

Córdoba - Zukunft ohne Senatoren

Projekt soll in zwei Jahren in Kraft treten / Weniger Gemeinderäte in Catamarca

Der PJ-Córdoba hat am Montag im Senat ein neues Projekt für die Änderung der Verfassung der Provinz präsentiert, das die Reduzierung der Legislative um die Hälfte vorsieht. Zu diesem Zweck sollen bei den Legislativwahlen am 14. Oktober auch die Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung gewählt werden. Die Vorlage beinhaltet außerdem den Vorschlag, den Senat 2003 zu schließen, was bedeutet, dass die Änderungen erst in zwei Jahren zum Tragen kommen werden. Mit dem neuen Projekt drängt Gouverneur Manuel de la Sota nicht nur die Allianz in die Defensive. Zugleich wurde damit auch der Wahlkampf für den 14. Oktober eröffnet.

Der Entwurf berücksichtigt zweifellos das Ergebnis einer Meinungsumfrage vom vergangenen Sonntag, in der die Zustimmung der Bürger zu Einsparungen im Bereich

der politischen Strukturen deutlich zum Ausdruck kam: 69,7 Prozent der Befragten sprachen sich dafür aus. Die UCR und der Frepaso haben bereits bekanntgegeben, dass das Thema bis zum Ende des Jahres nicht behandelt werden wird. Der Grund: Die Verfassung verbietet die zweimalige Behandlung während einer Legislaturperiode.

Das von der Regierungspartei in Córdoba angestrebte Gesetz schließt Änderungen anderer öffentlicher Bereiche aus. Entsprechend dieser Prämisse bezieht sich die geplante Beschneidung der öffentlichen Ausgaben ausschließlich auf die Exekutive. Demnach soll es in Zukunft nur noch eine Legislativkammer mit 70 Angehörigen geben.

1997 bereits hatte der heutige Innenminister Ramón Mestre einen ähnlichen Vorschlag gemacht, der seinerzeit von Peronismus und den

Angehörigen der Angeloz-Fraktion abgelehnt wurde. Die „Unión por Córdoba“, die regierende Koalition, hatte Ende Juni eine umfassendere Änderung vorgeschlagen: Legislative mit einer Kammer, Gemeinderegionalisierung, Verfassungshierarchie des Richterrates und die Schaffung neuer Bestimmungen für die Tätigkeit der politischen Parteien. UCR und Frepaso steuerten ihre Vorstellungen bei, deren zentrale Punkte Einsparungen in der Exekutive und die Privatisierungspolitik von Gouverneur José Manuel de la Sota. Die Differenzen konnten jedoch nicht ausgeglichen werden und niemand erreichte die zwei Drittel, die in der Verfassung gefordert werden.

Gleichzeitig mit der Aufbruchsstimmung rund um die Volksbefragung in Córdoba und den Forderungen der Nationalregierung plant die Provinzregierung von Catamarca

die Abschaffung der Gemeinderäte in allen Orten mit weniger als 5.000 Einwohnern. Gouverneur Oscar Castillo vom der UCR nahestehenden Frente Cívico y Social (Soziale Bürgerfront) will umgehend der Provinzlegislative eine entsprechende Vorlage einreichen. Allerdings würde die Maßnahme weniger als zehn Orte betreffen. Eine offizielle Information besagt, dass es Räte von nur fünf Mitgliedern in Gemeinden mit 30 Angestellten gibt, die monatlich zwei Resolutionen produzieren.

Zu den Nachrichten aus Córdoba gab jetzt der bonaerenser Vizegouverneur Felipe Solá einen die Initiative herunterspielenden Kommentar: „Die Diskussion darüber, ob eine Legislative eine oder zwei Kammern haben soll ist nicht das zentrale Thema dessen, was im Land vor sich geht.“

WOCHENÜBERSICHT

Besucher Blair

Der britische Premier Tony Blair trifft am kommenden Mittwoch als erster amtierender Regierungschef dieses Landes zu einem offiziellen Besuch in Argentinien ein, wie das Londoner Außenministerium am Mittwoch mitteilte. Die Lateinamerikareise diene grundlegend Handelsanliegen. Blairs Sprecher wies darauf hin, dass das Malwinen-Thema nicht Thema der Gespräche Blairs sei, da sich die bilateralen Beziehungen nicht auf eine Frage allein beschränken könnten.

„Rebellen“ in Salta

„Der Frepaso sieht sich gezwungen, nicht nur aus der Regierung (der Provinz) auszuschneiden, sondern auch aus der Allianz und sich den progressiven und ethischen Kräften anzuschließen, die die Erholung der Republik und der Lebensqualität ihrer Bürger anstreben“, hieß es unter der Woche in einem Frepaso-Kommuniqué in Salta. Ziel sei die Bildung eines „Frente del Norte“ (Nordfront) zusammen mit der ARI-Fraktion der Abgeordneten Elisa Carrió und dem „Polo Social“ des Geistlichen Luis Farinello.

Zulauf für Farinello

Führende Parteimanager der internen Frepaso-Fraktion von Germán Abdala haben zu Wochenbeginn erklärt, dass sie sich dem „Polo Sur“ von Luis Farinello anschließen wollen. Darunter sind der

ehemalige Direktor des Krankenhauses in Ramos Mejía, Jacinto Oviedo sowie Daniel Carboneto und Floreal Ferrara.

Kritik an de la Rúa

In Buenos Aires und Groß-Buenos Aires sind 85 Prozent der Bürger nicht mit der Amtsführung von Präsident Fernando de la Rúa einverstanden. Dies ergab eine Umfrage des Institutes Braidot y Asociados. Allerdings ziehen es 62 Prozent vor, dass der Präsident weiterhin in seinem Amt verbleibt.

Ibarra-Schelte

Stadtregierungschef Aníbal Ibarra hat neuerlich mit scharfer Kritik gezeigt, dass die „Flitterwochen“ der Regierungskoalition vergangenen Zeiten angehören. Hinsichtlich des neuen Sparpakets erklärte Ibarra, die Maßnahmen dürften nicht jene treffen, „die am wenigsten haben“ und fügte hinzu: „Die Nationalregierung ist seit längerer Zeit schon nicht mehr eine Äußerung der Allianz.“

ATE-Streik

Die in der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes (ATE) organisierten Staatsangestellten haben am Mittwoch einen 24-stündigen Streik als Protest gegen die Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst veranstaltet. Der Streik wirkte sich auf auch auf Krankenhäuser aus, wo nur Notdienste gemacht wurden.

Rentenskandal in La Rioja

Alle Bundesstaatsanwälte der Hauptstadt werden mit ihrem Kollegen aus La Rioja, Guillermo Marijuán, bei der Klärung des Skandals um die Privilegiertenrenten in der Andenprovinz zusammenarbeiten. In der vergangenen Woche hatte Marijuán ein Päckchen erhalten, in dem sich ein Sarg mit einem Skelett befand. Derartige Praktiken sind in Argentinien nicht selten und werden von den Behörden ernst genommen.

Verhöre in La Rioja

Bundesstaatsanwalt Guillermo Marijuán hat am Dienstag im Zusammenhang mit dem Skandal um die Privilegiertenrenten in der Provinz La Rioja die Einvernahme von 148 Personen beantragt. Alle stehen unter dem Verdacht, ihnen nicht zustehende Renten zu beziehen. Darunter sind Fälle wie der des Ex-Masseurs von Carlos Menem, der monatlich die beachtliche Summe von 2.139,54 Pesos kassiert, oder der des Ex-Tennislehrers von Menem-Tochter Zulemita, der seit August 1998 monatlich 1.092,40 Pesos Privilegiertenrente bezieht, jedoch gerade mal 37 Jahre alt ist.

Sa zahlt

In dem Skandal um die Privilegiertenrenten in La Rioja hat einer der „Rentner“, der Beamte Román Carlos Sa, am Sonntag die Flucht nach Vorn angetreten und öffentlich

auf den Bezug seiner Rente verzichtet. Sa erklärte in der Fernsehsendung „Zona de inversión“, er habe zwar die 20.000 Pesos nicht, die er zurückgeben müsste, „doch glaube ich, dass mein Gewissen mich zwingt, trotz der dadurch entstehenden Belastungen für meine Familie die Geschichte zu bereinigen“.

Favorit Ruckauf

Der bonaerenser Gouverneur Carlos Ruckauf (PJ) ist zufolge einer Umfrage des Meinungsforschungs-Institutes Fara & Asociados weiterhin Favorit für das Präsidentenamt bei den Wahlen 2003. Ruckauf konnte 21,2 Prozent für sich verbuchen, gefolgt von Elisa Carrió (12,8 Prozent) und Domingo Cavallo (8,1 Prozent). Schlusslichter waren Staatspräsident Fernando de la Rúa und Gouverneur José Manuel de la Sota mit 6,4 Prozent.

Besuch bei Menem

Der inhaftierte Ex-Präsident Carlos Menem hat am Sonntag in seiner Luxusbleibe im bonaerenser Don Torcuato hohen Besuch erhalten: den des ehemaligen Präsidenten des Interamerikanischen Gerichtshofes für Menschenrechte, Pedro Nikken. In Nikkens Begleitung kam der Ex-Vorsitzende der Interamerikanischen Menschenrechtskommission, Carlos Ayala. Über den Inhalt der Unterredung wurde nichts bekannt.

AUSFLÜGE UND REISEN

Direktverbindungen mit Brasilien

Bis vor kurzem wickelte sich der gesamte Flugverkehr über das Drehkreuz Buenos Aires (Ezeiza oder Aeroparque) ab, selbst wenn man von Ujuy oder Ushuaia in das benachbarte Uruguay reiste.

Doch jetzt gibt es immer zahlreichere Querverbindungen zwischen Argentinien und Brasilien. Seit einiger Zeit befliegt Varig mehrmals wöchentlich die Strecke Cór-doba - Sao Paulo. Und nun hat auch Dinar eine ähnliche Linie in Betrieb genommen. Zunächst sollte San Miguel de Tucumán mit Sao Paulo verbunden werden, aber schliesslich fiel die endgültige Wahl auf Salta. Zweimal die Woche kann man künftig vom Norden des Landes direkt die südbrasilianische Metropole (Distanz: 1.900 Kilometer) in etwa zweieinhalb Stunden Flugzeit erreichen.

Dies soll, abgesehen von den zahlreichen Charterflügen in der Schneesaison, zwischen Brasilien und den Wintersportzentren Chapelco (San Martín de los Andes), Bariloche und Malargüe (Las Leñas) abgewickelt werden.

Ausserdem bietet jetzt auch LAER (Líneas Aéreas Entre Ríos) folgende Transversal-Flüge an: Mendoza - Iguazú über Rosario, sowie Mendoza - Campinas (Sao Paulo).

Dampfzüge aus aller Welt

Vom 19. bis 21. Oktober findet in Ushuaia der erste Weltkongress für touristische Dampfzüge statt. Es nehmen daran Dampfzugbetreiber und -liebhaber aus zahlreichen Ländern, inklusive aus Indien und Südafrika, teil. Einer der Redner wird Prinz Michael von Kent sein, ein anderer der bekannte argentinische Fachmann für Dampflok, Livio Dante Porta.

Es wird über Neuigkeiten, Projekte und andere verwandte Themen gesprochen, die nicht nur Eisenbahnfans interessieren dürften.

In Argentinien funktioniert ein halbes Dutzend Touristenzüge, davon mehrere mit echtem Dampfbetrieb.

Gastgeber des Kongresses ist der Ferrocarril Austral Fueguino (FAF) auf Feuerland. Näheres über die Internetadresse: www.trendelfindelmundo.com.ar oder durch Eurotur, Viamonte 486, Buenos Aires.

Südamerika für Jugendliche

Die Reiseorganisation für Studenten Asatej bietet für die nächsten Monate Angebote für Jugendliche zu besonders günstigen Bedingungen, so das Programm „Cuzco Jóven“ 10 Tage für 526 Dollar, drei Tage Bariloche für 304 Dollar und 6 Tage/3 Nächte Iguazú für 130 Dollar. Auskunft unter 4114-7557.



Der dampfbetriebene Touristenzug auf Feuerland (Ushuaia - Lapataia)

Besuch aus Irland

Präsident Fernando de la Rúa hat am Montag den irischen Premier Bertie Ahern zu einem Gespräch in der Casa Rosada empfangen. Dabei unterzeichneten beide Politiker ein Memorandum über das Einverständnis zu politischen Konsultierungen auf hoher Ebene. Nach dem offiziellen Akt im Weißen Salon des Regierungspalastes folgten mehrere Arbeitstreffen, an dem hochrangige Funktionäre des Wirtschaftsministeriums teilnahmen. Zentrales Thema war ein angestrebter verstärkter Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern.

Aherns Visite war der erste Besuch eines irischen Regierungschefs in Argentinien. Nach einem Empfang im Kongress eröffnete der Premier das Gebäude der neuen irischen Botschaft. Im Anschluss stand ein vom Consejo Argentino para las Relaciones Internacionales (CARI, Argentinischer Rat für internationale Beziehungen) organisiertes Treffen im Alvear Palace Hotel in Recoleta auf dem Programm. Am Abend schließlich gab Präsident de la Rúa in der Präsidentenresidenz in Olivos ein Staatsbankett zu Ehren Aherns.

Fedcup-Pleite

Hamburg (dpa) - Die deutsche Tennis-Nationalmannschaft der Frauen hat sich mit einer blamablen 1:4-Niederlage gegen Argentinien aus dem Fedcup verabschiedet. Trotz einer kämpferischen Bravourleistung verlor Anke Huber am vergangenen Sonntag vor 4.300 Zuschauern am Hamburger Rothenbaum das Spitzenspiel gegen die Nummer 1 aus Argentinien, Paola Suárez, in 2:40 Stunden mit 6:4, 3:6, 10:12 und kündigte ihren Rücktritt nach den Australian Open im Januar 2002 an: „Der Entschluss ist lange gereift“, sagte die 26-jährige Anke Huber zu ihren Rücktrittsplänen. „In Melbourne hat alles praktisch angefangen“, sagte die Karlsdorferin und erinnerte sich an das verlorene Finale 1996 gegen Monica Seles. „Ich will einfach noch mal hin“, so die Weltranglisten-22. und zwölffache Turniersiegerin im Einzel.

Zuvor war die Zweitrunden-Partie schon vor dem abschließenden Doppel, das Bianka Lamade/Andrea Glass mit 4:6, 7:5, 2:6 gegen Clarisa Fernández/Laura Montalvo verloren, entschieden: Als Barbara Rittner gegen María-Emilia Salerni, die in Wimbledon vor zwölf Monaten das Turnier bei den Juniorinnen gewonnen hatte, mit 2:6, 7:6 (9:7), 2:6 den Kürzeren gezogen hatte. Die im Vorfeld schwächer eingeschätzten Argentinierinnen reisen nun im November zum Finale der besten acht Teams nach Madrid.

TABELLE

Fußball

Copa América

Viertelfinale: Mexiko - Chile 2:0, Uruguay - Costa Rica 2:1, Brasilien - Honduras 0:2, Kolumbien - Peru 3:0.

Halbfinale: Mexiko - Uruguay 2:1, Kolumbien - Honduras 2:0.

Spiel um Platz drei: Uruguay - Honduras 4:5 n.E.

Endspiel (in Bogotá): Kolumbien - Mexiko 1:0.

Kolumbien damit erstmals Copa-Sieger.

Copa Mercosur

Independiente - Cruzeiro (Bra) 2:0, Corinthians (Bra) - Independiente 2:1, River Plate - Gremio (Bra) 2:4, Palmeiras (Bra) - River 2:2, Vasco da Gama (Bra) - Boca Juniors 2:2, Peñarol (Uru) - Vélez Sarsfield 2:1, San Lorenzo - Flamengo (Bra) 1:2, Talleres de Córdoba - San Pablo (Bra) 0:0.

Gedenken an Máximo J. Alemann

Am 26. Juli wäre Máximo J. Alemann, jahrelanger Syndikus unserer Verlagsgesellschaft, 100 Jahre alt geworden. Als Bruder unseres Direktors Dr. Ernesto F. Alemann (1893-1982) und unseres Verwaltungsleiters Eduardo Alemann (1894-1983) wirkte Máximo J. Alemann im Verlag als Syndikus der damaligen Aktiengesellschaft im Direktorium mit. Als vereidigter Buchprüfer durchlief er im Staatsdienst eine Beamtenlaufbahn bis zum Nationaldirektor der Finanzen von 1935 bis 1943, dessen Aufgaben sich mit dem heutigen Schatzsekretär decken, und zwischendurch Finanzminister der Provinz Buenos Aires im Jahr 1941, als Argentinien gesunde Staatsfinanzen und eine stabile Währung auswies. Vor fünfzehn Jahren starb Máximo J. Alemann bei einem Verkehrsunfall und hinterliess zwei Söhne und zwei Töchter sowie mehrere Enkelkinder.

Emilie Schindler nach Schlaganfall nicht mehr ansprechbar

Die 94-jährige Emilie Schindler, Witwe von Oskar Schindler, ist nach einem Schlaganfall nicht mehr ansprechbar. Wie ihre Biografin Erika Rosenberg am Freitag in München mitteilte, muss „mit allem gerechnet werden“.

Der Zustand der nach dem Schlaganfall halbseitig gelähmten Frau sei nach Angaben der Ärzte „unverändert schlecht“. Oskar und Emilie Schindler hatten im Zweiten Weltkrieg mehr als 1.200 Juden vor dem Holocaust gerettet. Die Rettungsaktion war in den 90er Jahren durch Steven Spielbergs Hollywoodfilm „Schindlers Liste“ einer breiten Öffentlichkeit bekannt geworden.



Emilie Schindler hatte sich bereits vor ihrer Deutschlandreise entschlossen, den Lebensabend in Bayern zu verbringen und nicht mehr nach Argentinien zurückzukehren. Dort hatte sie seit über fünf Jahrzehnten gelebt, zuletzt im Altenheim „Los Pinos“ der Deutschen Wohltätigkeitsgesellschaft (DWG) in El Talar. Vor dem geplanten Wechsel in ein Altenpflegeheim im oberbayerischen Waldkraiburg hatte sie in Strausberg (Märkisch-Oderland) jedoch einen Schlaganfall erlitten. Seitdem liegt sie im dortigen Krankenhaus. (dpa/AT)

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinssätze der wichtigsten Banken für Frsteinlagen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 5,65% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 5,5%.

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 0,7% auf 322,08, der Burcapindex um 3,3% auf 641,35 und der Börsenindex um 0,4% auf 12.574,43.

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) fiel in der Berichtswoche um 4,8% auf \$ 0,7075.

Der Dollarkurs der ZB für Aussenhandelsgeschäfte betrug am Donnerstag \$ 1,0618.

Die Gold-, Devisen- und Anlagensreserven der ZB betrugen am 23.7. \$ 18,36 Mrd., der Banknotenumlauf \$ 13,48 Mrd. Vor einer Woche waren es \$ 18,82 Mrd. bzw. \$ 13,78 Mrd., vor einem Monat \$ 20,30 Mrd. bzw. \$ 12,93 Mrd. und vor einem Jahr \$ 26,62 Mrd. bzw. \$ 14,39 Mrd.

Durch Dekret 919/01 (Amtsblatt

vom 23.7.01) hat die Regierung ihr Veto gegen das Gesetz Nr. 25.435 eingelegt, durch das ein Gebäude in der Lavalle 1429/31/33/39, Bundeshauptstadt, enteignet werden sollte, um von der Justiz verwendet zu werden. Als Grund wird angegeben, dass das Gesetz nicht angibt, mit welchen Mitteln die Enteignung bezahlt werden soll, wobei das Budget diesen Betrag auch nicht vorsieht. Gemäss dem Gesetz über die öffentliche Verwaltung muss jede Ausgabenerhöhung die entsprechende Finanzierung vorsehen.

Das Schatzamt hat Juni mit \$ 206 Mio. Überschuss, etwas weniger als erwartet, abgeschlossen. Wie die Wirtschaftsführung weiter bekanntgab, konnte im 1. Halbjahr eine Überschuss von \$ 190,4 Mio. gegenüber die IWF-Auflagen erwirtschaftet werden, wobei die Primärausgaben um 250 bis 270 Mio. unter dem Plansoll lagen. Die BIP-Wachstumsquote für das 3. Quartal wurde von 2% auf 0,2% revidiert.

Aufgrund der Etatkürzungen werden die Streitkräfte im 2. Halbjahr nicht mehr operationstüchtig sein. Ein grosser Teil des Personals muss beurlaubt werden. Die Luftwaffe wird die Mindestflugstunden nicht erfüllen können, die Schiffe werden vor Anker bleiben müssen. Alle anderen Übungen die Beweglichkeit erfordern, werden ausbleiben müssen.

Die Wirtschaftsführung hat die Auflage der Vorwoche von Leteschatzscheinen für US\$ 350 Mio. auf 91 Tage abgesagt, da die hohen Zinsen nicht tragbar seien. Dennoch können kleine Sparer in diesen Papieranlagen zu 14,01% Jahreszins tätigen, wie das Schatzamt mitgeteilt hat.

Das Arbeitsministerium gab bekannt, dass der Belegschaftsstand in der Privatwirtschaft im Juni um etwa 9.000 zurückgegangen ist. Die Ermittlung wurde in den Räumen Gross Buenos Aires, Rosario und Cordoba durchgeführt. Die grössten Rückgänge wurden im Baugewerbe vor der Industrie gemeldet, obwohl der Rückgang allgemein war. Am meisten waren kleine und mittelständische Betriebe betroffen, ausser in Córdoba, wo Grossbetriebe das meiste Personal entliessen.

SEPI (Sociedad Española de Participaciones Industriales), mit 91,2% Hauptanteilseignerin von Aerolíneas Argentinas, gab bekannt, dass 7 Gruppen Anwärter für den Kauf der Fluggesellschaft sind. Bis Donnerstag waren es die 4 unter E. Eurnekian, J.C. Pellegrini, AeroContinente und Air Plus. Insgesamt 15 Unternehmen hätten Informationen eingeholt. Die Endentscheidung wurde unbefristet vertagt, um die Angebote zu prüfen. Aereolineas ist mit rd. US\$ 950 Mio. verschuldet und hat 2/3 ihrer Flüge eingestellt, darunter nach Europa, Ozeanien, USA und Brasilien.

Die Regierung der Provinz Buenos Aires hat ihren Lieferanten mitgeteilt, dass fällige Schulden von \$ 180 Mio. mit 2 Bondsauflagen auf 1 und 5 Jahre bezahlt werden. Der Patacón benannte Bond auf 12 Monate in Pesos soll 7% Jahreszinsen ergeben und für Zahlungen von bis zu \$ 10.000 eingesetzt werden. Für den Rest ist ein Konsolidierungsbond in Dollar auf 5 Jahre zu 12% Jahreszinsen vorgesehen. Provinzschulden von \$ 10.000 bis \$ 100.000 sollen zu 50% in Patacones und der Rest in den Konsolidierungsbonds bezahlt werden. Grössere Beträge werden bis zu 70% oder 80% in Dollarbonds bezahlt. Die Möglichkeit, Schulden bis zu \$ 5.000 bar zu bezahlen, werde geprüft. Auch werde mit der ZB verhandelt, ob die Bonds als Pflichtreserven eingesetzt werden können, um ihre Notierung zu verbessern.

Multicanal, das Kabelfernsehunternehmen der Claringruppe hat ihr Rückkaufsangebot für 2002 fällige Bonds für US\$ 125 Mio. zurückgenommen. Es wurde am 29.6.01 für \$ 930 pro \$ 1.000 Nennwert plus angefallener Zinsen gemacht. Multicanal hat Bankschulden für rd. US\$ 164 Mio. Ein bedeutender Teil davon wird im August fällig. Die Schuld soll mit dem Verkaufserlös ihrer 4%igen Beteiligung an DirecTV Latin America bezahlt werden.

Infrastrukturminister Bastos hat bestätigt, dass an einer Dekretsvorlage gearbeitet wird, die für die Informatik grössere Begünstigungen als das Konkurrenzfähigkeitsgesetz bietet. Die Steuerlast für Risikokapital müsse verringert werden.

Durch Beschluss 162/01 des Handelssekretariates (Amtsblatt vom 24.7.01) wurde die Fusion der Firmen Polisor SA und Petroquímica Bahía Blanca SA genehmigt, die nur als Polisor SA tätig sein werden, so dass der Firmename PBB verschwindet. Beide Unternehmen gehören mehrheitlich der Dow Chemical, USA. PBB erzeugt Äthylen und Polisor Polliäthylen. Die Zusammenarbeit ist eng, da beide Etappen eines Fertigungsprozesses sind. Durch die Fusion wird die Provinzsteuer auf den Bruttumsatz gespart und die Verwaltung vereinfacht, was Kosteneinsparungen mit sich bringt.

Die Fielstiftung hat für Juni im Vormonatsvergleich eine Verringerung der Industrieproduktion um 2,9% (saisonbereinigt um 0,6%) ermittelt. Für das 2. Quartal beträgt die Verringerung im Vorjahresvergleich 0,5%. Im Vergleich mit dem 1. Quartal wurde 0,3% Zunahme festgestellt. Das 1. Halbjahr ergab im Vorjahresvergleich minus 2,6%. Dennoch verzeichneten 4 Bereiche Zunahmen. Chemikalien und Kunststoffe 12,4%, Textilien 5,2%, Stahl und Eisen 2,7% und verarbeitetes Erdöl 1,6%. Zigaretten gingen um 3,5% zurück, Papier und Zellstoff um 3,8%, Nahrungsmittel und

Getränke um 5% und Nichteisenmetalle um 7%. Die metallverarbeitende Industrie erzeugte um 18% und die Kfz-Industrie um 18,2% weniger als im 1. Halbjahr 2000.

EDF (Electricité de France), Hauptanteilsnehmerin des Stromverteilungsunternehmens Edenor, hat Investitionspläne bestätigt. In diesem Jahr werden noch US\$ 140 Mio. in die Stromverteilung im nördlichen Teil von Gross Buenos Aires investiert, da der Verbrauch um etwa 5% im Jahr zunimmt. Für 02/06 sind weitere US\$ 600 Mio. vorgesehen. EDF hat vor Kurzem die Mehrheitsbeteiligung an Edenor von den spanischen RepsolYPF und Endesa für US\$ 750 Mio. übernommen. EDF hat in Argentinien seit 1992 US\$ 1,5 Mrd. investiert und betreibt ausser Edenor die Wasserkraftwerke Nihuil I, II und III, das Stromverteilungsunternehmen Edensa in Mendoza und das Stromtransportunternehmen Distrito Cuyo.

Die argentinischen Rindfleischausfuhren sind im 1. Halbjahr im Vorjahresvergleich in allen Bereichen um rd. 50% zurückgegangen, wie das Landwirtschaftssekretariat bekanntgab. Sie erreichten US\$ 179 Mio. gegen knapp 370 Mio. im gleichen Vorjahreszeitraum. Im 1. Quartal betrug der vergleichsweise Rückgang US\$ 52 Mio. bzw. 27%. Im 2. Quartal knapp 80% bzw. US\$ 136 Mio.

Die Budgetkürzungen in allen Ämtern sollen für das INTA (Instituto Nacional de Tecnología Agropecuaria) 50% betragen. Sein Direktor, H. Cetrángolo erklärte, dass das Institut unter diesen Bedingungen nicht funktionsfähig sei.

Die Nationale Fernverbindungskommission (CNT) hat die Grundlagen für die Regulierung der Postwirtschaft fertiggestellt. Die Unternehmen müssen eine jährliche Mindestgebühr von \$ 5.000 bezahlen, die allgemein als Prozentsatz des Umsatzes berechnet wird und 1% bei kleinen Unternehmen, 0,75% bei mittleren und 0,5% bei grossen beträgt. Hier wird die Einteilung des Sekretariates für kleine und mittlere Unternehmen (Pymes) angewendet. Letztes Jahr betrug der Umsatz der Postunternehmen \$ 886 Mio., um 9,4% weniger als 1999. Der Umsatz sank bei Correo Argentino um 10,58%, bei den anderen Unternehmen um 8,54%. Bei diesen nahm der Postbetrieb mengenmässig um 7,95% zu, gegen eine Abnahme der Briefzahl von 3,96% bei Correo Argentino. Die Privatisierung der staatlichen Post, die die Menemregierung vor 3 Jahren durchführte, hat den Dienst verbessert und die anderen Unternehmen zu Tarifenkürzungen gezwungen, da die Correo Argentino als einziges Postunternehmen amtlich festgesetzte Gebühren hat, die stark unter denen der anderen Unternehmen liegen.

Die Provinz Mendoza hat ein hartes Sparprogramm bekannt ge-

geben. Sie will \$ 88 Mio. weniger ausgeben und \$ 7 Mio. mehr an Steuern einnehmen als vorgesehen war. Durch Kürzungen der Beamten-Monatsgehälter ab \$ 500 um 9%, ab \$ 1.000 um 11%, ab \$ 2.000 um 16% und ab \$ 4.000 um 20% sollen \$ 46 Mio. eingespart werden. Weitere \$ 42 Mio. sollen durch Kosteneinsparungen der Ministerien, die Abschaffung des Generalsekretariates der Provinzregierung, zweier Unterprovinzsekretariate und aller Direktorien der öffentlichen Krankenhäuser, insgesamt 50 Stellen weniger, gewonnen werden. Die Gesetzgeber und die Justiz der Provinz wurden aufgefordert, sich in ihren Bereichen den Massnahmen anzuschliessen. Die Bürgermeister haben zugestimmt, bei den nächsten Wahlen die Zahl der Stadt- und Gemeinderäte auf die Hälfte zu verringern, was eine Verringerung um 69 bedeutet. Die privatisierten Unternehmen werden 3% auf ihre Bruttoeinnahmen (Einkommen) bezahlen müssen, die Banken 4% und die privaten Rentenkassen zwischen 3% und 5%, weshalb Gebührenerhöhungen erwartet werden.

Sade-Techint hat von der Provinz La Pampa den Zuschlag für die Fertigstellung des grössten Bauvorhabens der Provinz, des Rio Colorado Aquäduktes, für \$ 74,23 Mio., erhalten. Es soll 2002 in Betrieb gehen. Die notwendigen Rohre für \$ 32,75 Mio. wurden von den Firmen Petroplast und Flowtite erworben. Die Gesamtinvestition beträgt \$ 180 Mio., die die Provinz in 10 gleichen Raten bezahlen wird. Der ursprünglich der in Finanzschwierigkeiten geratenen Firma Gualtieri zugeschlagene Bau, den diese nicht fertigstellte, sieht 1.100 km Haupt- und Nebenleitungen für die Trinkwasserversorgung und Bewässerung vor.

Im Juni haben die Umsätze der Supermarktketten im Vorjahresvergleich um 1,7% und im Vormonatsvergleich um 6% zugenommen, wie das Statistikamt ermittelt hat. Die Shoppings verkauften um 15,5% weniger als im Vorjahresjuni. Das war der grösste Rückgang in 3 Jahren. Gegenüber Mai legten ihre Umsätze um 5,4% zu. Die Juniumsätze der Supermarktketten erreichten \$ 1,15 Mrd., um \$ 65,5 Mio. mehr als im Mai, um \$ 18,9 Mio. mehr als im April 01. Die Zahl der Supermarktlöcher betrug im Mai 01 1.328, um 11,2% mehr als vor einem Jahr.

Die Einfuhr von gebrauchten Schiffen unter 10.000 t bzw. unter 7.000 PS und ihrem Zubehör wurde als Teil des Konkurrenzfähigkeitsplanes für das Werftengewerbe vollkommen verboten. Schiffe über diesen Werten werden mit den normalen Einfuhrzöllen für gebrauchte Kapitalgüter belastet. Charter- oder Mietabkommen für Schiffe unter der angegebenen Leistungsgrenze werden mit einer Höchstgrenze von 6 Monaten für Barkassen u.ä. und von 12 Monaten für

Das Sozialversicherungsamt ANSeS

Douglas Lyall, der neue Treuhandverwalter des ANSeS, hat dem Buenos Aires Herald ein Interview gewährt, dem folgende Angaben entnommen werden können:

Das Jahresbudget der Sozialversicherungsamtes beträgt \$ 23 Mrd. Das sind 40% des gesamten Haushaltsplanes des argentinischen Staates.

Von diesen \$ 23 Mrd. sind \$ 17 Mrd. für direkte Dienstleistungen bestimmt, davon \$ 15 Mrd. für Renten und Pensionen, \$ 1,7 Mrd. für Familienzulagen und \$ 300 Mio. für Arbeitsbeschaffungsprogramme. Ferner überweist das ANSeS jährlich \$ 2,28 Mrd. an den Rentnergesundheitsdienst PAMI, \$ 200 Mio. an die Provinzen und \$ 2,4 Mrd. für die Sicherheits- und Streitkräfte. Für verlorene Prozesse sind \$ 770 Mio. im Jahr vorgesehen. Die Betriebs- und andere Spesen des Amtes belaufen sich auf \$ 226 Mio. im Jahr, für 8.000 Beamten in landesweit 200 Ämtern.

Über die viel zitierte Korruption erklärte Lyall auf Anfrage, eine der schwerwiegendsten entstand 1994 durch die Übertragung von Provinzrentenkassen an die staatliche. Einige Übertragungen wurden ordnungsgemäss durchgeführt, andere, die von La Rioja, Catamarca, Santiago del Estero und Tucumán, mussten als Risikogruppe eingestuft werden. So werden über 200 Rentenbezüge ehemaliger Angestellter der Bank von La Rioja gestrichen. Einige haben das notwendige Alter noch nicht erreicht, andere haben die Beiträge nicht geleistet und andere haben gefälschte Unterlagen vorgelegt.

Über die Hinterziehung von Sozialversicherungsbeiträgen gebe es keine Zahlen. Diese müssten vom Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) ermittelt werden. Die Einzahlungen dieser Beiträge sind von \$ 8,9 Mrd. im Zeitraum Januar/Mai 2000, mutmasslich durch die Rezession, auf \$ 7,8 Mrd. im gleichen Zeitraum dieses Jahres zurückgegangen.

Eine weitere Korruptionsquelle sind die Familienzulagen, die vom ANSeS direkt oder durch in Arbeitgeber bezahlt werden können. Im letzteren Falle zahlt er sie aus und verrechnet sie mit anderen Abgaben. Ein Arbeitsbeschaffungsplan sah doppelte Gutscheine von Familienbeihilfen für kleine und mittelständische Unternehmen (Pymes) ohne Einkommensuntergrenze vor. Viele Arbeitgeber geben dabei Anstellungen zu Mindestlöhnen für kinderreiche Familienväter an, zahlen diesen ein paar Pesos und stecken den Rest ein. Schattenpymes schossen damals aus dem Boden wie Pilze. Die Arbeitnehmer einer Pymes in Feuerland hatten alle den Wohnsitz in Gross Buenos Aires.

Um dem entgegenzuwirken werden nun Familienzulagen erst ab Monatsentlohn von \$ 100 gewährt und die doppelten Familienzulagen für Pymes abgeschafft. Nun schreiben ANSeS und AFIP dem Arbeitgeber die Familienzulagen vor. Damit ist die Zahl der gezahlten Familienzulagen von 25.000 im April auf 21.000 im Mai zurückgegangen., die ausgezahlten Monatsbeträge von durchschnittlich \$ 14 Mio. auf \$ 6 Mio. In diesem Jahr werden Einsparungen von \$ 96 Mio. durch die Bekämpfung des Betruges bei Familienzulagen erwartet. Viele der erwähnten Schatten-Pymes sind bereits verschwunden.

Der Beamtenabbau soll so rücksichtsvoll wie möglich durchgeführt werden. Allerdings werden auf Gehaltsempfänger, die keine spezifische Arbeit verrichten verzichtet werden müssen.

die anderen, nur für die Dauer genehmigt, die der Bau einer entsprechenden Einheit in Argentinien beansprucht. Wasserfahrzeugen unter ausländischer Flagge werden keine Verkehrsbewilligungen für den Küsten- oder anderem Verkehr gegeben, der Schiffen argentinischer Flagge vorbehalten ist. Für Schiffe über 10.000 t bzw. 7.000 PS werden Charter- oder vorübergehende Abkommen bis höchstens 3 Jahre gewährt, wenn entsprechende Einheiten im Land gebaut werden, wobei jene mit teilweiser oder kompletter argentinischer Schiffsbauentwicklung Vorrang geniessen. Der Konkurrenzfähigkeitsplan sieht u.a. Nullzölle für die notwendigen Radare und Bleche vor, sowie die Ausklammerung der Verträge, Hypotheken usw. von den entsprechenden Stempelgebühren.

Die Westdeutsche Länderbank und Girozentrale (WestLB) expandiert in Lateinamerika und wird in Kürze eine Geschäftsstelle in Buenos Aires eröffnen, von der aus sie das Vermögens-Verwaltungs-geschäft in der Region, ausser für Brasilien, koordinieren wird. Der argentinische Markt sei einer der abgeschotetsten. Grösste Marktöffnung bieten Mexiko und Chile. In Brasilien ist die WestLB seit 1999 tätig.

Ab dem 3.8. soll ein Teil der Beamtengehälter in der Provinz Buenos Aires mit den Patagonien Bonds bezahlt werden. Etwa 30% der Beamten, mit Gehältern über \$ 740 soll einen Teil ihrer Gehälter in diesen Bonds erhalten. Die Gesamtauflage werden \$ 500 Mio. betragen. Die

Bonds zahlen 7% Zinsen im Jahr und werden von öffentlichen Dienstleistern (mit einem Mix von Pesos und Bonds), dem Kleinhandel und für die Zahlung von Provinzsteuern und -abgaben angenommen. Das Abkommen mit den Supermärkten stehe noch aus.

Die Wirtschaftsführung zahlt bis zu 9% Jahreszins für den patriotischen Bonds für die US\$ 1 Mrd., die Banken und privatisierte Unternehmen zur Verfügung stellen. Mit den Zinsen für den ursprünglich kostenlos zur Verfügung gestellten Betrag, soll die vom Parlament verfügte Erhöhung der Sozialbeiträge der Unternehmen ausgeglichen werden. Das Darlehen, zu gleichen Teilen von den Banken und Unternehmen, war als Akontozahlung von Steuern für 2003/04 vorgesehen.

Die Gruppe Alimentos y Gestión Logística unter der Leitung des ehemaligen Produktionsministers der Provinz Buenos Aires, E. Althabe, hat den Zuschlag für den Umbau des Zentralmarktes der Stadt Buenos Aires an der Autobahn nach Ezeiza erhalten. Partner des Konsortiums ist das Architektenbüro Lestard, Solsona, Serra y Peralta Ramos, Price Waterhouse Coopers, die argentinische Kammer der Supermarktlieferanten, die Immobilienfirmen T. Achával und W.F. Narváez, die Bauunternehmen Gerlach Campbell y Riva SA und Imex Trade SRL und die spanische Logistikfirma SPIM. In 90 Tagen muss der endgültige Plan für die Umwandlung der Liegenschaften in eine Zentrale für Logistik und Dienstleistungen für die Landwirtschaft und ihre Industrien eingereicht werden.

Das Transportsekretariat hat die Verkehrsbewilligungen für gewisse Transportfahrzeuge, die ihr zulässiges Betriebsalter überschritten haben, verlängert. Die über 20 Jahre alten Fahrzeuge müssen bis spätestens dem 10.9. amtlich über ihre Funktionstüchtigkeit geprüft worden sein.

Aeropuertos Argentina 2000 (AA 2000), die 45% des Fiskallager-Unternehmens Ecdadassa hält, verhandelt mit 6 Gruppen über eine strategische Partnerschaft. AA 2000 will in Ezeiza eine multimodale Logistikzentrale für US\$ 50 Mio. errichten, das die Betriebsfähigkeit der Firma verdreifachen würde.

Im Rahmen ihres Sparprogramms will die Provinzregierung von Cordoba ihre Schulden an Lieferanten und Bauunternehmen mit Wechseln auf ein Jahr bezahlen, die mit 12% verzinst werden.

Die EU hat ihre Einfuhrquote für Knoblauch aus Argentinien auf 19.170 Jato erhöht. Es ist die bisher grösste Ausfuhrmenge nach Europa.

Der US-Investmentfonds Century Capital Management, der auch strategischer Partner von Lua Seguros La Porteña ist, investiert US\$

12 Mio. in diese Versicherungsgesellschaft. Lua wird in diesem Jahr etwa \$ 300 Mio. umsetzen. Sie hat ein Nettovermögen von \$ 51 Mio. und 200.000 Kunden in Argentinien.

In der ersten Julihälfte sind die von privaten Rentenfonds verwalteten Vermögen um 8% auf \$ 20,39 Mrd. zurückgegangen. Ursache sind die bedeutenden Kursverluste der lokalen Aktiven, besonders der Bonds und Aktien.

Durch Verfügung des Kabinettschefs Nr. 104/01 (Amtsblatt vom 25.7.01) wurde bestimmt, dass die für jede Verwaltungseinheit verantwortlichen Beamten ab August eine eidesstattliche Erklärung abgeben müssen, in der sie die effektive Leistung der von ihnen abhängigen Beamten bestätigen, als Voraussetzung für die Zahlung der Gehälter. Die allgemeine Staatssyndikatur (SIGEN) wird die Erfüllung dieser Bedingung kontrollieren und monatlich dem Sekretariat für die Staatsmodernisierung des Kabinettschefs und dem Schatzsekretariat Bericht erstatten. Durch diese Massnahme sollen Beamten aufgedeckt werden, die zwar kassieren, aber nicht effektiv tätig sind.

Die Kammer des Etagenwohnungsbesitzer gab eine Erklärung ab, derzufolge die verschiedenen letzten Massnahmen der Wirtschaftsführung für die Bewohner dieser Eigentumswohnungen um 10% höhere Spesen mit sich bringen. Die Kammer weist auf die um 9% höheren Personalkosten hin, auf die Besteuerung der Bankkredite, die Verteuerung der Gastarife und die neuen Inspektionen der Stadtregierung von Buenos Aires. Dazu kämen die Besteuerung der Kontenbewegungen und die erweiterten Sicherheits- und Hygienebestimmungen für das Personal. Die derzeit rd. 30%ige Säumigkeit bei der Bezahlung der Wohnungsspesen ist das Hauptproblem der Gebäudeverwaltungen.

Nach dem Aufkauf von 9 Rundfunksendern im Raum Gross Buenos Aires kommt für die mexikanische CIE, die bis vor wenigen Monaten Partnerin des Unternehmers D. Grinbank war, die Etappe des Abspeckens. Das neue Rundfunkgesetz, das höchstens 4 Sender pro Unternehmen in einem Rundfunkgebiet gestattet, zwingt CIE mindestens 5 abzustossen. Die momentane Wirtschaftslage macht den Verkauf von Radiosendern allerdings schwierig.

Die ZB hilft dem Finanzsystem, weiter flüssig zu bleiben. Wie in Vorwochen hat sie durch Tagesgelder in dieser Woche den Rekordbetrag von \$ 2,11 Mrd. eingeschossen. Damit soll verhindert werden, dass die Zinssätze ausufern. Diese Tagesgelder werden den Finanzinstituten gegen die Hinterlegung von Staatspapieren für 24 Stunden geliehen. Das letzte Darlehen dieser Art war für \$ 267,2 Mio. zu 20%

Austeritätsprogramm in Tucumán

Provinzgouverneur Miranda hat ein Paket mit Sparmassnahmen der Öffentlichen Hand angekündigt, das u.a. die 15%ige Verringerung der Gehälter aller politischen Provinzbeamten enthält.

Die gesetzgebende Körperschaft der Provinz hat sich bereit erklärt, auf ihre Fraktionsspesen von monatlich \$ 6.000 für jeden Abgeordneten zu verzichten, was eine Ersparnis von \$ 2,8 Mio. im Jahr bedeutet.

Beamten mit mehr als \$ 600 Monatsgehelt müssen in Zukunft ihre Provinzsteuern mit einem Abschlag von nur 20% bezahlen, die bei der Gehaltszahlung abgezogen werden. Beamten über 54 Jahre müssen zurücktreten und erhalten weiter 70% ihres Gehaltes, bis sie in den Ruhestand treten können.

Alle Überstunden werden abgeschafft und Provinzbeamten, die studieren wollen, haben vollkommen freie Stundenpläne, falls sie sich bereit erklären, nur 70% ihres Gehaltes zu beziehen.

Der Gouverneur betonte die Stützung der Tucumán-Bonds durch die Provinzregierung und die Schaffung der einzigen Provinzkasse, damit alle Eingänge für Gehaltszahlungen und den Eintausch der Bonds in Bargeld eingesetzt werden können. Zu diesem Zweck sollen Festgelder mit einem Jahreszinssatz von 12% geboten werden, um die Bonds gegen Bargeld eintauschen zu können.

Weitere Massnahmen soll der Verkauf des Aktienpaketes der Bank von Tucumán sein, die Neuaushandlung des Vertrages mit derselben, die Schaffung einer AG mit Staatsmehrheit für die Verwaltung des Wasserwerkes und die Konzessionierung des Provinzkasinos.

Die Provinz wird ihr Restportefeuille mit säumigen Schuldnern der ehemaligen, nun privatisierten Provinzbank verkaufen, Immobilien in Buenos Aires Stadt veräussern, Provinzsekretariate ohne Beamtenentlassungen auflösen und einen solidarischen Sonderbeitrag von 0,5% der kapitalkräftigsten 500 Unternehmen der Provinz fordern, die über \$ 2 Mio. im Jahr umsetzen.

Tauziehen um Sonderrenten

Mittels Dekret 925/01 vom 19.7. hatte die Regierung das Dekret von Minister Cavallo aus dem Jahr 1994 rückgängig gemacht, das sogenannte privilegierte Renten abgeschafft hatte. Die diesbezügliche Bestimmung der Militärregierung von 1983 sicherte Diplomaten und Mitgliedern der Staats- und Stadtverwaltung, Gesetzgebern usw. 85% ihres Entgeltes in Tätigkeit. Da das Dekret Cavallos nach Ansicht von Verfassungsrechtlern der Rechtsgrundlage entbehrte (ein Gesetz kann nicht durch ein Dekret abgeschafft werden) und eine grosse Anzahl a priori verllorener Prozesse drohte, hatte die Regierung angeordnet, die Rentenforderungen zu bezahlen. Daraufhin prallten Meinungen aneinander, die sich mehrheitlich auf Auslegungen von Urteilen des Obersten Gerichtshofes stützten. Es sei politisch nicht annehmbar, dass bei einer beinahe allgemeinen Kürzung der höheren Renten privilegierte Sonderrenten wieder eingeführt werden. Schliesslich wurde das Dekret 925/01 mittels Dekret 937/01 (Amtsblatt vom 26.7.) wieder rückgängig gemacht.

Jahreszins und US\$ 1,84 Mrd. zu 11,5%. Diese Sätze sind hoch, doch kostete Call money zwischen Banken in der Vorwoche 27% nach 22% in Pesos und 14,5 nach 12% in Dollar.

Die Zulassungen fabriksneuer Kfz gingen im Juni im Vorjahresvergleich um 44,48% zurück, im Vergleich der ersten Halbjahre um 38,14%. Im Vormonatsvergleich betrug der Rückgang 10,84%. In Zahlen wurden im Juni 15.281 neue Fahrzeuge zugelassen, im Mai 17.139 und im Vorjahresjuni 27.523.

Die Kontrollbehörde Comfer hat von der Telefónica-Tochter Telefónica Media amtlich eine Aufstellung ihrer Aktiven gefordert. Das spani-

sche Unternehmen besitzt 100% des offenen Fernsehkanals Telefé und 50% von Azul TV, was den geltenden Bestimmungen zuwiderläuft. Als möglicher Käufer wird die venezolanische Cisnerosgruppe genannt. Auch dem argentinischen Unternehmer D. Vila aus Mendoza wird vorgehalten, dass er in Rosario mehrere Fernsehsender besitzt.

Die letzte Ausgabe von Letes Schatzscheinen wurde nicht von der Wirtschaftsführung durchgeführt. Die Banco de la Nación gab sie aus ihrem Portefeuille an andere Banken ab, die das Abkommen über Nullspesen für kleine Sparer unterzeichnet haben. Es waren vor 2 Wochen ausgegebene Letes, die am 12.10.01 fällig sind.

Dadurch konnten erstmals kleine Sparler Letes auf 75 Tage für \$ 2,5 Mio. zu 14,01% Jahreszins erwerben. Die Möglichkeit soll fortgesetzt werden.

Die Gesetzgebende Körperschaft der Provinz Catamarca hat ein Provinzgesetz erlassen, demzufolge bei Käufen oder Verträgen der Provinzverwaltung lokale Unternehmen zu bevorzugen sind.

Die Regierung der Provinz Entre Ríos hat ihr Parlament aufgefordert, ein Gesetz zu verabschieden, das die Auflage eines Federal-Bonds für bis zu \$ 450 Mio. mit Provinzgarantien ermöglicht, um den Finanzierungsbedarf von 2001 und dem 1. Halbjahr 02 zu decken. Als Garantie soll eine Konversionskasse geschaffen werden, in die monatlich 20% des Steueraufkommens der Provinz eingezahlt wird. Es wurde nicht erwähnt, ob mit den Bonds auch Gehälter gezahlt werden können, wohl aber Waren und Steuern.

Das Baugewerbe meldete im Juni um 1,8% mehr Tätigkeit als im gleichen Vorjahresmonat und um ebenfalls 1,8% mehr als im Vormonat. Die Mitteilung stammt vom Statistikamt Indec.

Zur Beschleunigung der MwSt-Rückerstattungen an Exporteure soll der Rat der Buchprüfer und Un-

ternehmensberater von Buenos Aires Stadt die praktische Buchprüfung der diesbezüglichen Gesuche der Exporteure übernehmen.

Das Parlament hat das Gesetz Nr. 25.446 (Amtsblatt vom 26.7.01) zur Förderung und Verbreitung des Buches und der Lektüre verabschiedet. Gegen die Paragraphen, die alle Etappen der Herstellung und des Vertriebes eines Buches von der MwSt. befreien, die Ein- und Ausfuhr von Büchern und Schriften von jeglicher Steuer oder Abgabe befreien, die Autoren, die ihre eigenen Bücher verlegen von jeder diesbezüglichen Steuer befreien und Maschinen, Roh- und Hilfsstoffe usw., die für die Herstellung von Büchern dienen von Steuern und Abgaben befreien, und die Einkommensteuer auf Autorenrechte streicht, hat die Regierung ihr Veto eingelegt.

Mittels Dekret Nr. 935/01 (Amtsblatt vom 26.7.01) wurde das Gesetz Nr. 25.414 über die Abschaffung verzerrender Steuern für die Landwirtschaft reglementiert. Die Landwirtschaft wird von der Steuer auf Zinsen und Kosten der Verschuldung von Unternehmen befreit, sowie von der Steuer auf mutmassliche Mindestgewinne. Die Unternehmerbeiträge zu den Soziallasten können nun gegen die MwSt. verrechnet werden.

Wirtschaftsminister Cavallo gab bekannt, dass im Juli noch nicht mit einem Nulldefizit zu rechnen sei. Die auszunehmenden Gehälter seien vom Juni, in dem es noch keine Gehalts- und Rentenkürzungen gab.

Das Amt für öffentliche Einnahmen (AFIP) gab an, dass die Steuereinnahmen im Juli um rd. 6% unter jenen des gleichen Vorjahresmonates liegen werden.

Die BGN Bank (Banco General de Negocios) hat als einzige die Umschläge für die Ausschreibung der Provinzbank von Córdoba abgegeben. Weder die Banco de Galicia, noch die Río Bank, die als Interessenten galten, nahmen an der Amtshandlung teil. BGN kontrolliert bereits die Nuevo Banco de Santa Fe, die 105 Filialen besitzt. Ihre Hauptaktionäre sind die Brüder José und Carlos Rohm und die Banken Credit Suisse First Boston, J.P. Morgan Chase und die Dresdner Bank mit je 25%. Der Grundpreis für die Privatisierung beträgt \$ 130 Mio. Über das Angebot der BGN soll bis zum 17.8. entschieden werden. Die Hauptaktiven der Provinzbank sind ihre 150 Filialen in Córdoba und die Handhabung von auszubehenden Provinzbonds für \$ 600 Mio. Die Käuferin würde einen grossen Teils des Personals übernehmen und ausserdem durch 10 Jahre der Finanzagentur der Provinz sein.

Die Provinzregierung von La Rioja hat die beiden Fabriken des Sportartikelherstellers Gatic in den Ortschaften Anillaco und Chimal geschlossen. Damit soll die Entleerung der Unternehmen verhindert und die Arbeitnehmer beruhigt werden, die ihre rückständigen Löhne und die Wiederaufnahme der Produktion fordern. Darüber hinaus wurde Gatic mit einer Busse von \$ 5.000 belegt. Die Provinzregierung erklärte, dass alle Arbeitnehmer für die Dauer der Schliessung ihre vollen Löhne erhalten werden.

Das Amtsblatt vom 27.7.01 veröffentlicht die Beschlüsse Nr. 65 und 66 des Wirtschaftsministeriums, die sich auf die Konkurrenzfähigkeitsabkommen beziehen. Durch den ersten Beschluss werden die Bedingungen und Erfordernisse für Holzverarbeiter, Möbelfabriken und dergleichen festgesetzt, um die Begünstigungen des Dekretes 730/01 erhalten zu können. Der 2. legt entsprechendes für Kunststoffverarbeiter fest.

Die spanische SEPI (Sociedad Estatal de Participaciones Industriales), Hauptanteilseignerin an Aerolíneas Argentinas hat sich amtlich bereit erklärt, die Kosten des Verkaufs der Fluggesellschaft zu tragen. Das bedeutet, dass sie den grössten Teil der Schulden übernimmt.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Politische Unterstützung für das Nulldefizit

Die am 9. Juli in Tucumán von Präsident de la Rúa in die Wege geleitete Finanzpolitik des sogenannten Nulldefizits hat sowohl im Inland als auch im Ausland eine bemerkenswerte Unterstützung gefunden. Das Kabinett ratifizierte die Aktion mit einem Notstandsdekret, das alle Minister unterzeichneten, auch Sozialminister Juan Pablo Cafiero vom Frepaso, der nicht demissionierte wie weiland seine Parteikollegin Graciela Fernández Meijide und der UCR-Minister Federico Storani, als der damalige Wirtschaftsminister Ricardo López Murphy sein Sparpaket vorstellte. Das Nulldefizit der Staatskasse ist indessen ungleich härter als der Vorschlag von López Murphy, \$ 2,0 Mrd. einzusparen, damit das Jahresdefizit bei \$ 6,5 Mrd. eingehalten werden kann. Jetzt geht es darum, dieses Defizit bei etwa \$ 5,0 Mrd. zu halten, wo es bis Juni ausgeüfert war, so dass im zweiten Halbjahr \$ 1,5 Mrd. entfallen, zusätzlich der Überziehung von \$ 2,0 Mrd. auf \$ 8,5 Mrd.

Alle 24 Gouverneure haben sich zum Grundsatz des Nulldefizits bekannt, auch Aníbal Ibarra vom Frepaso in der Stadt Buenos Aires, der das von seinem Vorgänger Präsident de la Rúa geerbte Nulldefizit der Stadtfinanzen weiter führt und somit auf keine neuen Sparmassnahmen angewiesen ist wie die meisten seiner Provinzkollegen. Ebenso UCR-Parteivorsitzender Raúl Alfonsín und andere politische Sprecher haben dem Grundsatz zugestimmt.

Im Ausland heimste das Nulldefizit die Unterstützung der sogenannten G-8 ein, die in Genua, Italien, inmitten eines gewaltigen Aufmarsches von über 100.000 Antiglobalisierungsfanatikern am vergangenen Wochenende tagt haben. Im Schlusskommunique der Jahrestagung der Regierungs- und Staatschefs der grössten Wirtschaftsmächte ausser China und Indien wurden die Fiskalbemühungen Argentiniens gelobt, nachdem der Präsident Frankreichs Jacques Chirac und

der Regierungschef Italiens Silvio Berlusconi sich ebenfalls lobend geäussert hatten. Argentinien werde keinesfalls fallen gelassen, meinte Chirac in Hinblick auf die befürchtete Zahlungseinstellung staatlicher Bonds und der möglichen Ansteckung anderer Schwellenländer wie Brasilien.

Auch US-Schatzsekretär Paul O'Neill bekundete seine Unterstützung in London nach dem Gipfel, obwohl er vorher in einem Pressegespräch mit „The Economist“ abfällige Bemerkungen über die 70jährige Wirtschaftskrise Argentiniens und den angeblichen Exportmangel geäussert hatte, die in den Landesmedien mit Ärger quittiert wurden. Die US-Verteidigungsberaterin des Präsidenten, Condoleezza Rice, übermittelte dem argentinischen Aussenminister Adalberto Rodríguez Giavarini ebenfalls die Unterstützung der US-Regierung, die vorher Präsident George W. Bush in einem Brief an seinen Kollegen de la Rúa bereits mitgeteilt hatte.

Unterstaatssekretär John Taylor, der im Schatzamt für internationale Beziehungen zuständig ist, empfahl dem Währungsfonds, Argentinien die Auszahlung des zugesag-

ten Ziehungsrechtes von US\$ 1.260 Mio. nicht zu verweigern, sondern vielmehr zu beschleunigen, nachdem das Fiskalziel im ersten Halbjahr 2001 mit einem Überschuss von \$ 195,2 Mio. bequemer eingehalten wurde. Diese Ziehung dient zur Bezahlung der Fälligkeiten der Staatsschulden im zweiten Halbjahr, nicht für die Finanzierung des Defizits, das dank Kassenausgleich entfällt.

Die Deputiertenkammer verabschiedete gegen Ende der Vorwoche ein Gesetzesprojekt mit den Reformen des Notstandsdekretes, die Kabinettschef Chrystian Colombo und Wirtschaftsminister Domingo Cavallo mit den Deputierten der UCR-Fraktion, d.h. ohne ihre Allianzkollegen des Frepaso, ausgehandelt hatten. Nur drei Frepaso-Deputierte stimmten für die Vorlage, zwei enthielten sich der Stimme und die anderen stimmten dagegen. Die Justizialisten hielten sich an ihre Einstellung, die Beschlussfähigkeit durch ihre Anwesenheit nicht zu hintertreiben, wie es die Allianzparlamentarier unter Menem als Oppositionelle stets taten.

Zankapfel Rentenkürzung

Der Hauptstreitpunkt des Kompromisses zwischen dem Kabinett und der UCR-Fraktion war die Kürzung der Renten, vorerst um 13%, bei \$ 500 Monatsgehalt bzw. -rente mit neuen Steuererträgen als Freigrenze. Die Deputierten bestanden auf der Anhebung dieser kürzungsfreien Schwelle auf \$ 1.000 für Rentner und Beamte. Das Kabinett stimmte zwar unter der Vorbedingung zu, dass neue Steuererträge gebilligt werden würden, aber im Sinn des Nulldefizits mit der Auflage, dass die Steuererträge erst eingehen müssten, bevor die Schwelle ansteigt und nicht umgekehrt, wie es die Politiker stets wahrhaben wollen. Für Juli hat das Dekret 934 vom 25. Juli die Kürzung bereits vorgeschrieben.

Hier liegt der Hase im Pfeffer. Argentinische Politiker pflegen stets, Staatsausgaben zu billigen, wogegen die Steuereinnahmen auf sich warten lassen. In der Folge vermehrt sich das Defizit und jegliche Sanierung wird auf die lange Bank geschoben. Mit Nulldefizit in der Staatskasse müssen zuerst Einnahmen verbucht werden, bevor damit die Ausgaben bestritten werden.

Im Übrigen handelt es sich dabei keinesfalls um theoretische Haarspaltereien der Fiskalpolitik, sondern um die harte Tatsache, dass mangels echter Einnahmen aus Steuern, Zöllen, Gebühren, Aktivenerlösen, Kapitalrenten und dergleichen keinerlei Neuverschuldung möglich ist, weil die Geldgeber streiken. Insofern bleibt es dabei, dass die Schwelle von jetzt \$ 500 zunimmt, wenn höhere Einnahmen anfallen.

Zwecks Anhebung der Schwelle von \$ 500 im Monat auf \$ 1.000 hat das Gesetzesprojekt mehrere steuerliche Neuerungen eingeführt, die durchweg eine höhere Steuerlast für die gebeutelten Steuerzahler mit sich bringen, während sich die vielen Millionen Steuerhinterzieher weiterhin gestrost ins Fäustchen lachen, weil sie unbehelligt nicht zur Kasse gebeten werden.

Der Senat tat sich hingegen in der Sitzung des letzten Mittwoch schwer. Anstatt das Gesetzesprojekt zu behandeln, wurde es drei Ausschüssen zugesandt, die möglicherweise bis Anfang nächster Woche Änderungen vorschlagen werden. Gesetzestexte werden durchweg in den Ausschüssen redigiert, nur selten im Plenum. Ob der Senat Mitte kommender Woche das Gesetz verabschiedet oder es mit Reformen an die Deputier-

tenkammer zurückschickt, so dass abermals eine Woche verloren geht, bleibt abzuwarten.

Indessen ist das Notstandsdekret mit den Kürzungen nach wie vor in Kraft, bis es durch das neue Gesetz abgelöst wird. Da letzteres erst im August in Kraft treten wird, gilt das Notstandsdekret für Juli. Die Exekutive hat zudem wissen lassen, dass sie mangels Senatsratifizierung der Vorlage deren Text in ein neues Notstandsdekret kleiden wird. Das darf freilich keine neuen Steuern umfassen, die nur per Gesetz erlassen werden. Unterdessen gilt das Nulldefizit als oberstes Ziel, so dass nicht mehr ausbezahlt als eingenommen wird.

MwSt. auf Inkasso

Die Mehrwertsteuer soll künftig, sofern das Gesetz erlassen und umgesetzt wird, auf der Basis vom Inkasso der Steuerzahler und nicht mehr wie bisher der ausgestellten Rechnungen eingetrieben werden. Das bedeutet einen fühlbaren Einnahmeverlust in den ersten Monaten von über \$ 500 Mio. allein im ersten Monat, weil die Rechnungen mit mehrwöchigen bzw. -monatigen Verzögerungen beglichen werden.

Dieses Finanzloch würde bei Nulldefizit bewirken, dass die Schwelle nicht zunimmt und dass gegebenenfalls die Kürzung höher als die bisherigen 13% ausfällt, weil sonst die Ausgaben höher als die Einnahmen liegen würden. Im Wirtschaftsministerium trägt man sich mit dem Gedanken, ausstehende Rückerstattungen der MwSt. auszuführen, was indessen das Kassendefizit anhebt, anstatt es auszumeren. Unterdessen ist die Wirtschaftsführung der Öffentlichkeit eine Erklärung schuldig, wie sie sich den Übergang von den Rechnungen auf das Inkasso bei der MwSt. vorstellt, anderenfalls sie verzögert werden muss, bis sonstige Einnahmen dafür sorgen, dass dieses Finanzloch verstopft wird.

MwSt. für Kabelfernsehen

Das Wirtschaftsministerium hat sich beim Gesetzesprojekt mit der schon seit einigen Jahren vorgeschlagenen vollen Besteuerung des Kabelfernsehens mit dem Satz von 21% durchgesetzt. Bisher galt seit Jahresfrist der Satz von 13%. Vorher war das Kabelfernsehen steuerfrei, was die rund 5 Mio. Haushalte beglückte, die sich dieser Unterhaltung hingeben. Einige Abonnenten hatten vor Gericht gegen den Satz von 13% geklagt.

Mit dem vollen Satz von 21% werden diese Klagen aus dem Weg geräumt. Diese Satzanhebung um 8% bei angenommenen Durchschnittsgebühren von \$ 30 im Monat mag \$ 12 Mio. mehr einbringen. Kleinvieh, lautet das Sprichwort, macht auch Mist.

Erweiterung der Schecksteuer

Die Steuer auf Gutschriften und Belastungen von Giro- und Sparkonten, genannt Schecksteuer, wird auf alle Finanztransaktionen dieser Konten erweitert, ausgenommen Gehalts- und Lohnzahlungen. Ausserdem wird der Satz von jetzt 0,4% auf 0,6% angehoben, wobei die jetzige Anrechnungsmöglichkeit von 1,5% auf die MwSt. und Gewinnsteuer, allenfalls auch auf Arbeitgeberbeiträge bis 16% der Lohnsummen, bestehen bleibt. Die Zunahme von 0,2% füllt voll und ganz die Kasse zu Lasten der Steuerzahler, die mit Bankkonten operieren.

Diese Steuer hatte bereits bewirkt, dass mehrere hundert Millionen Pesos von Bankkonten abgezogen und in Bargeld umgewandelt wurden, damit die Zahlungen nicht von der Steuer erwischt werden. Der Banknotenumlauf war vorher nach der Verkündung der Einbeziehung des Euro in die Konvertibilität und der Fiskalabwertung von anfangs 7% durch den Konvergenzfaktor um nahezu eine Milliarde Pesos gefallen und in Dollargeldscheinen angelegt worden. Jetzt ist der Banknotenumlauf wieder um etwas weniger als eine Milliarde Pesos gestiegen, weil die Zahlungen bar abgewickelt werden und der Schecksteuer entweichen.

Ausserdem hatte die Wirtschaftsführung festgestellt, dass bedeutende Zahlungen auf Finanzgenossenschaften umgeleitet wurden, die nicht belastet wurden. Diese Steuerumgehung soll mit dem neuen Gesetz verhindert werden. Angeblich sind \$ 50 Mio. verloren gegangen, weil sich die Genossenschaften willig hergaben, als Mittler für Einlagen und Auszahlungen zu dienen. Die Reformen des Gesetzes über die Schecksteuer sollen \$ 140 Mio. mehr im Monat einbringen, gleich \$ 700 Mio. bis zum Jahresende, sofern sie im August voll wirksam sind.

Benzinsteuersenkung und Rückerstattungen hinfällig

Die Senkung der Benzinsteuer um 10 Centavos je Liter, die Wirt-

schaftsminister Cavallo vor wenigen Monaten verfügt hatte, wird wieder rückgängig gemacht. Damals wurde die Dieselloststeuer angehoben, die für Landwirte sowie Lastwageninhaber gegen die MwSt. und Gewinnsteuer angerechnet werden darf. Die Kassennot überzeugte den Wirtschaftsminister, dass diese steuerliche Grosszügigkeit nicht machbar ist. Diese Steuer wird täglich eingenommen, wenn Fahrzeuge tanken. Damit sollen \$ 35 Mio. im Monat sowie \$ 175 Mio. bis Jahresende eingehen.

Die Massnahme erhöht die verzerrende Diskrepanz zwischen Benzin und Dieselloh, die längst dazu geführt hat, dass der Benzinverbrauch schwindet, während der Verkauf von Vehikeln mit Dieselloh zunimmt, worunter die bestehenden Raffinerien leiden. Sie erzeugen zu viel Benzin, das zu niedrigen Preisen exportiert wird, wogegen Dieselloh eingeführt werden muss.

Die grosszügige Rückerstattung der Gewinnsteuer auf Gehälter von \$ 1.500 bis \$ 7.000 im Monat ab Anfang 2001, die Minister Cavallo für Ende Juli in Aussicht gestellt hatte, fiel auch der Axt des Nulldefizits zum Opfer und wurde bis 2002 aufgeschoben. Cavallo hatte die Freigrenze bis auf besagten Höchstbetrag angehoben, so dass die Besteuerung entfiel. Damit sollte der Konsum, insbesondere von Nutzgütern, angespornt werden, den diese Besteuerung vor über einem Jahr angeblich verringert hatte.

Sozialbeiträge um 4% mehr

Alle Dienstleistungsunternehmen, die mehr als 40 Mitarbeiter beschäftigen, müssen künftig 20% statt jetzt 16%, lies 4% mehr Beiträge auf die Lohn- und Gehaltsummen als Arbeitgeber an die Sozialverwaltung Anses entrichten, die sie nicht gegen die MwSt. oder Gewinnsteuer anrechnen dürfen. Diese zusätzliche Besteuerung soll \$ 80 Mio. im Monat und \$ 320 Mio. bis Jahresende einbringen. Sie wird monatlich eingezahlt.

Diese Besteuerung der Lohn- und Gehaltskosten läuft konträr zur Fiskalpolitik des Ministers Cavallo, der ab 1994 die Arbeitgeberbeiträge sukzessive und gestaffelt gesenkt und sie unlängst wieder auf 16% angehoben hatte. Die Zunahme darf gegen die MwSt. und Gewinnsteuer angerechnet werden. Unternehmen, die die Vorzüge der sogenannten Wettbe-

werbsabkommen geniessen, dürfen die gesamten 16% anrechnen. Unternehmen der Dienstleistungsbranche, darunter auch öffentliche Dienste, werden künftig zur Kasse gebeten. Das wird Preiszunahmen sowie gegebenenfalls Tarifierhebungen bewirken und belastet die Wettbewerbsfähigkeit industrieller Unternehmen beim Export. Cavallo musste diese ideologische Niederlage kraft Kassennot einstecken und sagte kein Wort hierzu.

Weitere Reformen

Das Notstandsdekret, das das Prinzip des Nulldefizits eingeführt hatte, wird vom neuen Gesetz ratifiziert. Damit geniess die Regierung die gesetzliche Grundlage für die künftige Einhaltung des Nulldefizits ihrer Kasse. Die Ausgabe von Konsolidierungsbonds, genannt Bocon, sowie die Umschuldung der Zinsen durch den Megatausch erhöhen den Schuldenberg, ohne die Staatskasse zu belasten. Auch die Defizite der Provinzen und Gemeinden, die sich allesamt redlich bemühen, Ausgaben zu sistieren und Steuern anzuheben, erhöhen die Neuverschuldung der öffentlichen Hand, bis alle das Nulldefizit verwirklicht haben, was spätestens Mitte 2002 erreicht werden soll, wie Cavallo mitteilte.

Die Provinz Buenos Aires, die mehr als die Hälfte aller Provinzdefizite vor sich her schleppt, hat ebenfalls fühlbare Kürzungen erlassen und bezahlt einen Teil der

Gehälter mit sogenannten Patacon-Bonds zu 7% Verzinsung, die im Umlauf ähnlich wie Geld wirken, wenn sie in Kaufläden und gegen Steuern angerechnet werden dürfen. Ferner hat die Provinzregierung die Bruttoumsatzsteuer („ingresos brutos“) um 1% auf 4,5% angehoben. Das verteuert die Produktion und erschwert den Export, weil diese Steuer jedes Geschäft im Wirtschaftskreislauf belastet. Stadtimmobilien mit einem Fiskalwert von mehr als \$ 200.000 werden um 50% höher belastet. Das betrifft zumal teure Wochenend- und Ferienhäuser in sogenannten Countries und anderswo.

Auch wenn das hehre Finanzziel des Nulldefizits nicht ganz durchgesetzt werden kann, wird die gesamte Neuverschuldung der öffentlichen Hand ohne Kassendefizit sicherlich unter 1% des Bruttoinlandsproduktes liegen, was für argentinische Verhältnisse ein völlig unbekanntes Finanzwunder wäre. Darin sind die verbleibenden Kassendefizite der Provinzen und deren Bonds wie Patacon sowie die Ausgabe neuer Bocon und die aufgeschobenen Zinsen des Megatausches enthalten.

Im Kalenderjahr 2001 pendelte sich die Neuverschuldung der Nation, der Gliedstaaten und Gemeinden, einschliesslich Sozialverwaltung und Staatsunternehmen sowie Bocon-Ausgaben, auf rund 4% des BIP ein. Das haben

die Finanzmärkte als unzumutbar und unhaltbar eingestuft, weshalb sie neue Kredite verweigern. Wie lange wird Brasilien mit fast 5% Defizit des BIP Zugang zu den internationalen Finanzmärkten geniessen, ehe sie auch streiken wie gegenüber Argentinien?

Der Kongress wird laut neuem Gesetz auch mit Gehalts- bzw. Diätenkürzungen mitmachen. Die nationale Justiz soll ebenfalls erhalten, wie der Oberste Gerichtshof für den eigenen Etat bereits versprochen hat. Ob die Gehälter der Richter, Staatsanwälte, Sekretäre und des gesamten Gerichtspersonals auch gekürzt werden wie in der Staatsverwaltung, bleibt abzuwarten, bis der Oberste Gerichtshof allenfalls andere Ausgaben sinstiert, sofern das ausreicht.

Auf der Kabinettsitzung der Berichtswoche wurde beschlossen, dass jeder Leiter einer Amtstelle eidesstattlich bescheinigen muss, welche Mitarbeiter echt tätig sind, damit letztere die Gehälter erhalten. Ein Beschluss des Kabinettschefs Colombo setzte diese Vorschrift sogleich um. Das soll die berüchtigten „Ñoquis“ zum Vorschein bringen, die Gehälter beziehen, aber ansonsten nicht zur Arbeit erscheinen. Man darf dem Kabinettschef hierfür Lob bekunden und viel Glück wünschen.

Ferner wurde beschlossen, die Honorare des Vertragspersonals um 30% zu kürzen und weniger Mitglieder in allerlei Vorständen bestimmter Staatsstellen (Banken,

Aufsichtsbehörden und dergleichen) einzustellen, so dass hier massiv abzuspecken ist. Das Maximalgehalt wurde diesbezüglich auf \$ 5.900 im Monat begrenzt, etwa ein Drittel zahlreicher Entlohnungen in diesen privilegierten Amtsstellen. Das Jahresgehalt des Kabinettschefs, einschliesslich Repräsentationsspesen und andere Zulagen, wurde auf \$ 76.700 bestimmt, das die Höchstgrenze in der gesamten nationalen Staatsverwaltung darstellt.

Dem Sozialminister Juan Pablo Cafiero wurde auf der Kabinettsitzung der Auftrag erteilt, die 73 Sozialprogramme seines Ressorts zusammen zu legen, um damit Spesen der Beamten einzusparen, die jedes Programm verwalten.

Wie diese Beschlüsse zeigen, meint es das Kabinett unter der jetzt besonders forschenden Führung von Chrystian Colombo ernst mit dem Vorhaben, die Staatsreform anzupacken und echte Einsparungen zu erreichen. Wenn auch gleichzeitig die Steuerhinterziehung mit wirksamen Methoden unter Beibeziehung privater Helfer echt bekämpft werden würde, könnte man hoffen, dass bei Nulldefizit die hohe Besteuerung nachlässt, die die ehrlichen Steuerzahler ungerechterweise belastet. Hierüber ist bisher kein Sterbenswörtchen durchgedrungen, während manche Provinzregierungen und Gemeinden erfolgreich mit privater Eintreibungshilfe vorpreschen.